

## Streiks im Öffentlichen Dienst in Nicaragua

### Kampf gegen Sozialabbau und Demontage des öffentlichen Sektors

Am 31. Januar hätte dieses Jahr in Nicaragua eigentlich die Schule wieder beginnen sollen. Da sich jedoch keine Einigung im Streit um eine deutliche Lohnerhöhung für die Lehrerinnen und Lehrer abzeichnete, traten diese in den Ausstand. Nach 3-wöchigem Arbeitskampf wurde am 18. Februar eine Lösung gefunden und am 21. Februar 2005 begann dann überall wieder der Unterricht.

### Rahmenbedingungen und Hintergrund dieses Arbeitskampfes

Die Nicaraguanische Regierung hat sich mit dem Internationalen Währungsfonds auf einen Deal eingelassen, wonach sie, die Regierung, die Saläre für die Staatsangestellten maximal um 350 C\$ steigen sollten, was 10 % eines hypothetischen Lohnes von 3'500 C\$ entsprechen würde. Dies würde in etwa dem Teuerungsausgleich für 2004 von rund 10 % entsprechen.

Die Löhne im öffentlichen Dienst, welche seit dem Wegfall der Nahrungsmittelpakete als Lohnzulage, auf tiefstem Niveau verharren, liegen jedoch weit unter dieser Marke. Der von der Zentralbank errechnete statistische Grundwarenkorb (Canasta Basico) mit Grundnahrungsmitteln, Wohn- und Bekleidungsanteil entsprach im Dezember 2004 2'565 Cordobas (C\$) (ca. 160 US \$).

Bereits seit Ende letzten Jahres gibt es Auseinandersetzung um die Privatisierung der Wasserversorgung. Anfang Februar hat der neugewählte liberale Bürgermeister von San Rafael del Sur über einhundert, zum Teil langjährige Angestellte nach dem Rasenmäherprinzip entlassen, da die hohe Zahl der Beschäftigten dem Haushaltsgesetz zuwiderlaufen würde. Die Neoliberale Dampfwalze ist also in vollem Gange.

Gleichzeitig leistet sich das Land Truppen im Irak, die es auch nach dem Abzug der Spanischen und Honduranischen Truppen, im US-Amerikanischen Windschatten im Einsatz hat.

Im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsprozesses, fand Mitte Februar die feierliche Grenzöffnung mit Honduras statt. Hier wurden die Streikenden auf Distanz zur anwesenden Prominenz gehalten, damit diese von den Aktionen der Lehrkräfte nichts mitbekommen. So haben sich in den letzten Streiktagen Kolleginnen und Kollegen aus Honduras solidarisch erklärt und gemeinsame Aktionen im Grenzgebiet angekündigt.

Vergleicht man die Löhne an den Nicaraguanischen Schulen mit jenen in den Zentralamerikanischen Nachbarrepubliken, so ergibt sich ein deutliches Bild: In Guatemala, El Salvador und Costa Rica liegen die durchschnittlichen Löhne an Primarschulen umgerechnet zwischen 460,- bis 564,- US-Dollar. In Honduras bei 275,- und Nicaragua bei 85,- US-\$. In Guatemala und Honduras wurden letztes Jahr Lohnerhöhungen erstreikt, in Costa Rica im Jahr 2000 und in El Salvador bereits 1999.

Basislohn in US-Dollar umgerechnet	Grundschule (Klassen 1 - 6)	Sekundarschule
Guatemala	462.30	486.73
El Salvador	564.00	621.00
Honduras	275.00	325.00
Nicaragua	85.00	97.00
Costa Rica	407.95	423.40
Panama	515.00	630.00

*El Nuevo Diario 17.02.2005*

Schon in den 1960er Jahren gab es einen grösseren Streik im Nicaraguanischen Bildungswesen. Er dauerte von Mai bis Juli 1962 und endete mit einem Triumph der Lehrerinnen und Lehrer: Die Löhne wurden von 400 auf 700 C\$ angehoben, was damals 100 US-Dollar entsprach und einer heutigen

Kaufkraft von über 400 US-\$ entspräche.

Die Löhne sind in Nicaragua allgemein auf einem der niedrigsten Niveaus in Lateinamerika, so dass eine Mindestlohndebatte in verschiedenen Bereichen lanciert wurde, unter anderem auch um die Freien Produktionszonen (Maquilla, Sonderwirtschaftszone).

### **Der Streik im Nicaraguanischen Bildungswesen 2005**

Nachdem zunächst die gelben Gewerkschaften gegen den Streik waren, schlossen sich, nicht nur in der Hauptstadt Managua, sondern auch in den Departementen die meisten Lehrer der öffentlichen Schulen dem Streik an. Auch die Sekundarschülervereinigung „FES“ beteiligte sich mit Aktionen gegen das Bildungsministerium.

Am 8. Februar fand in Managua eine Grossdemonstration mit 10 - 20.000 Teilnehmenden statt. Das Arbeitsministerium drohte damit alle streikenden Lehrer zu entlassen, welche nicht an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, da der Streik illegal sei. Der Erziehungsminister drohte ebenfalls mit Entlassungen und dem Einbehalten der Löhne. Zur Finanzierung des Streiks verkaufte die Lehrgewerkschaft ANDEN und der sandinistische Dachverband FNT „Bonos de Solidaridad“ (Solidaritätsbons) à fünf C\$.

Der Finanzminister zeigt sich weiterhin hart und erklärt, dass die Regierung kein Geld hätte die Gehälter substanziell zu erhöhen und verwies, neben diesem auch bei uns üblichen Trick mit den leeren Staatskassen, nochmals auf die Abmachung mit dem IMF die so schnell nicht geändert werden könnten. In der 2. Streikwoche betrug die Beteiligung an den Kampfmassnahmen in Managua über 90 %.

Am Freitag, den 18. Februar 2005 einigte man sich am Abend schliesslich auf einen Abschluss. Neben den neuen Löhnen (1'820 C\$ Grundschule; 2'006 C\$ Sekundärschule) wurde vereinbart, dass es gegen die am Streik teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer keine Repressionen gibt und diese dafür die verlorenen Schulstunden nachholen werden.

Gleichzeitig wurde angekündigt, dass die Saläre für andere Staatsfunktionäre gekürzt werden sollen um den Staatshaushalt nicht überzubelasten, wobei geschickterweise zuerst die Saläre der Spitzenbeamten in die Diskussion eingebracht wurden.

### **Einbezug der Zivilgesellschaft**

Auch über die ohnehin der neoliberalen Entwicklung kritisch eingestellten Menschen hinaus, ist ein punktuelles zusammengehen mit Teilen des Bürgertums möglich und Notwendig um die neoliberale Zerstörung der Gesellschaft zu stoppen. Selbst bürgerliche Ökonomen zeigten Verständnis für die Forderungen der Lehrer vor dem Hintergrund der tiefsten Löhne ganz Zentralamerikas.

Allgemein haben wir das Problem, dass Bildung, Gesundheit und der ganze Service Public im Kapitalismus als Kosten und nicht als Investition in die gesellschaftliche Zukunft gesehen werden, da diese Bedürfnisse befriedigen sollen und die Profitmaximierung derzeit noch beschränkt. Ein relativ hoher Anteil von Bildungs- und Gesundheitsausgaben am BIP kann hingegen auch ein Indikator für ein soziales System sein, welches das allen Menschen zu gute kommt.

Daher ist ja der Kampf gegen eine Liberalisierung im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsabkommen der WTO (GATS), oder in der EU gegen die Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein) so wichtig, welches Bildung und Gesundheit zu Waren machen möchte, welche als gewinnorientierte Marktsegmente, dann nur noch zahlungsfähigen Kunden zur Verfügung stünden und sich nicht mehr am Bedarf orientieren müssen.

### **Fazit**

Der nächste Konflikt in Nicaragua ist auch schon vorprogrammiert: die Lohnanpassung im Gesundheitswesen. Hier hat die sandinistische Gewerkschaft FETSALUD bereits mit Streik gedroht, wenn die Saläre nicht im März oder April angehoben werden.

Um in der neu aufgekommenen Diskussion um Mindestlöhne, von denen man auch leben kann, den Schwung herauszunehmen wird von bürgerlicher Seite her nun über eine Deckelung der Spitzensaläre im Staatsdienst gesprochen, wobei dies irrelevant ist, da für diese, zumeist dicken weissen Herren, dieser wenige Tausend Dollar hohe Lohn ohnehin nur Pinuts darstellen und sie vielmehr an der Gestaltungs- und Verteilungsmacht im oligarchisch strukturierten Staat interessiert sind. Auf jeden Fall wird wieder einmal von der prekären Beschäftigung abgelenkt.

Die Movimientos Comunes sind inzwischen leider auch zu Hilfsinstrumenten der FSLN bei Wahlen verkommen. Ihren Charakter als Soziale Bewegung haben sie verloren. Auch ist die FSLN heute, wie die Sozialdemokratischen Parteien Europas, kein politischer Verbündeter der Menschen mehr, die von Ihrer Arbeitskraft leben müssen.

Für einen nachhaltigen Erfolg ist es wichtig die Kräfte zu bündeln. Der Streik wurde nicht zu einer sozialen Bewegung - es wird ein Bereich nach dem anderen abgearbeitet. Die Gewerkschaften haben die Abbauagenda scheinbar so geschluckt und jeder Bereich für sich startet nun seine eigene Kampagne. Der Bildungsbereich hat nun seinen Abschluss und fällt in der Gesamtbewegung weg. Das Gesundheitswesen geht nun in gleicher Weise in den Konflikt hinein.

Eine Bündelung der Kräfte, zum Beispiel in einem Zusammengehen der beiden sandinischen Gewerkschaften ANDEN (Lehrkräfte) und FETSALUD (Gesundheit) zu einer Aktionseinheit, fand nicht statt. So finden nun wieder isolierte Vertragsbewegungen statt. Um dem Neoliberalismus aber wirklich wirksam entgegenzutreten zu können ist ein koordiniertes Bündnis aller betroffenen Menschen vonnöten, also den Beschäftigten, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Patienten, etc. - Und die von den Sparübungen betroffene Bevölkerung? Sie nimmt teilnahmslos im Schaukelstuhl sitzend durch die Medien Notiz vom Geschehen.

David Zenth / Ende Februar 2005